

---

Jutta Roitsch

## Orwells Kinder

### Der weltweite Pisa-Test: Ergebnisse und Folgen für die Bundesrepublik

---



*Jutta Roitsch, geb. 1942 in Königsberg, Studium der Politologie in Freiburg/Br. und Berlin, von 1968 bis 2001 Redakteurin der Frankfurter Rundschau und als Ressortleiterin verantwortlich für die Seiten „Dokumentation“ und „Schule und Hochschule“, lebt jetzt im (Un-)Ruhestand.*

---

*Big brother is watching you.* Wer kennt ihn nicht, den berühmten Satz aus George Orwells Roman 1984. Wer hätte sich aber träumen lassen, dass jene, die in diesem literarisch-denkwürdigen Jahr geboren worden sind, Orwells Kinder also, als 15-Jährige an einem riesigen, weltweiten Programme for International Student Assessment (PISA) teilnehmen würden. *Big brother is testing you:* In 32 Ländern der industriellen, mehr oder weniger hoch entwickelten Welt von Korea bis Mexiko, von Finnland bis Deutschland-West und Deutschland-Ost füllten im ebenfalls denkwürdigen Jahr 2000 180.000 Schülerinnen und Schüler meist an ein bis zwei Vormittagen Testbögen aus, die international erfahrene Bildungsforscher und Testexperten am Pariser Sitz der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ausgetüftelt hatten. Mit vergleichsweise lebens- und alltagsnahen Beispielen sollte festgestellt werden, welches konkrete Wissen, aber auch welche Kompetenzen im Lesen und im mathematisch-naturwissenschaftlichen Verständnis die Jugendlichen dieser einen Welt aus der Schule mitnehmen. Für die weit überwiegende Mehrheit der Pisa-Kinder nämlich fiel der Test in das letzte oder zumindest vorletzte Jahr der allgemeinen Schulpflicht.

Pisa ist also eine Momentaufnahme, die Kenntnisse und Fähigkeiten der Jugendlichen am Ende ihrer allgemeinen Schullaufbahn feststellt. In der Sprache der Forscher heißt es: „Die OECD versteht Pisa als Ausdruck einer neuen Selbstverpflichtung ihrer Mitgliedstaaten, sich durch Messung von Schülerleistungen auf der Grundlage einer gemeinsamen internationalen Rahmenkonzeption ein Bild von der Leistungsfähigkeit ihrer Bildungssysteme zu verschaffen - jedenfalls so weit funktionale Basiskompetenzen betroffen sind“.<sup>1</sup> Der Test an Orwells Kindern sagt nichts darüber aus, warum 15-Jährige noch in einer 7. oder 8. Klasse

---

<sup>1</sup> Pisa 2000, S. 16.

einer Hauptschule herumhängen, warum Mädchen freiwillig und mit Vergnügen lesen, warum die Finnen und Norweger so viel besser abschneiden als die Deutschen, die mexikanischen Schülerinnen und Schüler so wenig Punkte sammeln konnten wie die Bremer.

Daher empfiehlt es sich vor einer Wertung der konkreten Ergebnisse einen Blick darauf zu werfen, in welche Gesellschaft die Pisa-Kinder in Deutschland hineingeboren worden sind und wie sie aufgewachsen sind.

### **1984 bis 2000: Ära ohne Schwung, aber mit vielen Brüchen**

Wer die Zeit der großen Friedensdemonstrationen im Bonner Hofgarten, der wochenlangen Streiks für die 35-Stunden-Woche, der westdeutschen Kampagnen gegen die Volkszählung, der ersten Proteste im Osten mit dem Ruf „Schwerter zu Pflugscharen“ noch im Kopf hat, erinnert sich an den allmählichen Zerfall all dieser Bewegungen bis Ende der 1990er-Jahre. Der Schwung, der die späten 1960er-Jahre und dann die Ära Willy Brandts in Bewegung gebracht hatte, war dahin. Die Schubkraft, die lange vertagte Reformen in der Justiz, im Schulsystem, in den Hochschulen, der beruflichen Bildung oder der Betriebsverfassung möglich gemacht hatte, war erlahmt. Der große Entwurf einer demokratischen Schule für alle Kinder, d.h. einer Schule, die nicht nach der vierten Grundschulklasse selektiert, scheiterte an der Zaghaftheit der Sozialdemokraten, aber vor allem an dem Bündnis der konservativen Kräfte aus CDU/CSU, der Elternschaft, der Philologen, dem „Bund Freiheit der Wissenschaft“, weitgehend auch den beiden christlichen Kirchen und den Interessenverbänden des Mittelstandes und der Handwerkerschaft. Kindergartenpflicht, Einschulung mit 5 Jahren, Ganztagschule von der Grundschule an, eine zehnjährige allgemeine Schulpflicht bis zum so genannten Abitur I - das waren bis Mitte der 1970er-Jahre - aus heutiger Sicht betone ich: schon einmal - bildungspolitische Streitthemen, die das konservative Bündnis mit dem allgemeinen Sozialismusverdacht und der Enteignung der Eltern von ihren ureigenen Erziehungsaufgaben belegte - sehr erfolgreich bis heute trotz der Wiederkehr der Themen mit völlig veränderten Fronten und Koalitionen. Aber dazu später mehr, wenn es im dritten Schritt um die Konsequenzen und Folgen der Pisa-Ergebnisse in Deutschland geht.

Fest zu halten bleibt, dass Orwells Kinder in Deutschland-West in eine ziemlich erschöpfte Gesellschaft hineinwuchsen, die Brandts große Vision des „Mehr Demokratie wagen“ als zu mühselig, zu konfliktreich empfunden und sich in den gegebenen Verhältnissen eingerichtet hatte, meist eher wohlig. Aus der geistig-moralischen Wende, die ein Kanzler Helmut Kohl bei seinem Amtsantritt 1982 ausrief, wurde schrittweise ein Rückzug in die Provinz, in die Nische eines kleinen, meist staatlich finanzierten Projekts für und von Frauen, für benachteiligte Jugendliche aus ausländischen Familien, aber auch des aufkommenden rechtsradikalen Lagers. Die Gewerkschaftsbewegung, die sich mit der 35-Stunden-Woche an das gewaltige Thema der Umverteilung von Arbeit und der Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Arbeitsleben gewagt hatte, lähmte sich selbst: den Skandal und den Zusammenbruch des Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat bezahlte sie mit einem Verlust politischer Glaubwürdigkeit, den sie bis heute nicht gutmachen können. Als Erinnerung an die Aufbruchjahre blieben die Grünen, bisher die einzige tatsächliche Parteineugründung in der deutschen Nachkriegsgeschichte, in der sich die Unentwegten aus der Friedens-, Anti-Atom- und Frauenbewegung versammelten und in die Eltern aus den antiautoritären Kinderladen- sowie Schulprojekten ihre Vorstellung vom anderen Leben einbrachten. Die einstige Bewegungspartei etablierte sich als Regierungspartei, zunächst in den Kommunen, dann auf

Länderebene. Ende der 1980er-Jahre gehörte die Turnschuh-Partei zu den wenigen belebenden Elementen in der Politik Westdeutschlands. Ein Oskar Lafontaine zog 1989 in den Bundestagswahlkampf mit der klaren Perspektive, ein rot-grünes Bündnis auch auf Bundesebene zu wagen, wenn die Mehrheiten dafür gereicht hätten. Es sollte anders kommen.

Orwells Kinder im Osten Deutschlands bekamen wenig von Aufbruch und Umbruch mit. Die gewisse Unruhe, die mit der internationalen Friedens- und Umweltbewegung auch die DDR erreicht hatte, blieb auf ein kirchliches Umfeld beschränkt, das die in Ost-Berlin akkreditierten Journalisten „hochschrieben“ und so größer machten, als es tatsächlich war. Kindergarten und Schule, Erzieherinnen und Lehrerinnen erreichten neue pädagogische Ideen aus dem Westen und die neue Sicht auf Schöpfung und Umwelt nicht. Margot Honneckers strenges Regiment waltete unangefochten bis zum Schluss.

Bis zum Schluss: Das heißt bis zum Fall der Mauer.

Als unsere Kinder des Jahrgang 1984 eingeschult wurden, stimmte in Ost und West nichts mehr, obwohl eigentlich für die Kleinen alles beim Alten geblieben war: im Westen ohnehin, im Osten nahezu. Die Erzieherinnen waren die alten, die Methoden ebenfalls, nur das Käppi, das Pioniertuch, der Fahnenappell, das donnernde „Allzeit bereit“ fehlten: Äußerlichkeiten. Auffallender schon waren andere Äußerlichkeiten: Zwischen Greifswald und Chemnitz wurde in allen größeren und kleineren Städten ein Gebäude, so schnell es ging, renoviert, modernisiert, herausgeputzt vom Feinsten: das Gymnasium. Weithin sichtbar für jedermann wurde diese Schule zum Schultyp, der in den künftigen kapitalistischen Zeiten Erfolg und Weiterkommen versprach: das Gymnasium nicht - wie im Westen - als die Klassen-Schule, die das Bildungs- und Besitzbürgertum mit seinen Kindern bestellt, sondern als die Schule, die für die neue Wirtschaftsordnung fit macht.

Doch welche Wirtschaftsordnung sollte das sein? Wenn Orwells Kinder in Ost und West in den ersten zehn Jahren ihrer Schullaufbahn etwas mitbekommen haben, dann sind es Brüche und wachsende Unsicherheit. Es sind die Erfahrungen, dass die Zeit der Gewissheiten vorbei ist: das gilt sowohl für den Lebensort als auch für den Beruf oder die Lebensplanung. Orwells Kinder haben in den 1990er-Jahren zwar ständig etwas über die Wissensgesellschaft gehört, aber gleichzeitig lernen müssen, dass Arbeitslosigkeit nicht nur ein Problem der Nicht-Wissenden am unteren Rand der Gesellschaft ist, sondern auch der „Wissenden“, der Techniker, Ingenieure, Bankangestellten und Computerspezialisten. Häufig trifft es die Familien aus heiterem Himmel, wenn ein Unternehmen zerlegt, in Einzelteilen verkauft oder wieder einmal fusioniert wird. Orwells Kinder haben lernen müssen, dass diese Gesellschaft mit den harten Brüchen und den wachsenden Unberechenbarkeiten auf dem Arbeitsmarkt nur schlecht fertig wird und nach Sündenböcken sucht, bei denen der Frust und die eigenen Enttäuschungen abgeladen werden können: Gewalt gegen Schwächere, Andere, Fremde, Juden, Schwarze trifft auf eine Gesellschaft, die eher wegsieht und schweigt.

Und schließlich: Orwells Kinder, die in den letzten Jahren ein begehrtes Objekt von Jugendforschern geworden sind, wissen inzwischen, wo in dieser Gesellschaft oben und unten ist. Sie sind ziemlich Individualisten mit einem ausgeprägten Selbstbild, teilweise auch Selbstbewusstsein. Sie verlassen sich auf sich selbst, ihre Freunde und ihre Familie. Sonst nichts. Und sie haben eine Lektion gelernt: Wer nach oben kommen will oder oben bleiben will, muss Erfolg haben, notfalls mit nicht sehr sauberen Methoden. Und eigentlich wollen sie alle dabei sein und dranbleiben - möglichst weit oben.

## Der Pisa-Test: die große Ernüchterung

Was aber hat das deutsche Schulsystem Orwells Kindern tatsächlich mitgegeben? Fast zwei Jahrzehnte lang haben sich die Deutschen an internationalen Vergleichstests kaum beteiligt. Sie waren mit sich selbst beschäftigt. Erst regionale Untersuchungen zu der unterschiedlichen Behandlung und Förderung von Mädchen und Jungen im Unterricht (Rheinland-Pfalz), zu Leistungsfortschritten nach der Grundschule in den weiterführenden Schulen (Hamburg), zu Bildungsverläufen in der Oberstufe (Nordrhein-Westfalen) weckten die Bereitschaft, sich internationaler Überprüfung und einer Zusatzprüfung im nationalen Rahmen zu stellen. Erst so kam die dritte internationale Studie zu Kenntnissen in Mathematik und Naturwissenschaften, TIMSS, über die Oberstufen, dann Pisa 2000, in Kürze folgen Pisa 2003 und später Pisa 2006. Daneben laufen außerhalb der OECD Test-Programme mit den reizenden Namen Iglu oder Daisy. Markus und Quasum sind schon abgeschlossen. Alle Testserien weisen in eine Richtung: Das Rüstzeug, das das deutsche Schulsystem Orwells Kindern mitgegeben hat und immer noch mitgibt, ist bescheiden, skandalös bescheiden. Rund 40 Prozent der 15-jährigen Jungen und Mädchen verfügen weder beim Lesen noch bei den mathematisch-naturwissenschaftlichen Kenntnissen über jene Kompetenzstufe III, die heute die Voraussetzung für eine Berufsausbildung ist; jeder vierte Jugendliche ist auf dem Niveau der Grundschule stehen geblieben, hat also zwischen dem 10. und dem 15. Lebensjahr praktisch nichts hinzu gelernt. Die deutschen Forscher um den Berliner Wissenschaftler Jürgen Baumert, die die Pisa-Studie betreut haben, nennen diese große Gruppe von Jugendlichen die „Risikogruppe“.

Doch nicht nur der Mangel am eigentlich selbstverständlichen Rüstzeug macht den Skandal aus, sondern der permanente Verstoß gegen das Grundgesetz, das die Institution Schule an den Kindern und Jugendlichen begeht. Pisa 2000 und Pisa E (die Länderuntersuchung) liefern den Beleg dafür, dass in der Schule die Würde des Menschen verletzt wird, jeder einzelne nicht gefördert wird, Gleichheit der Lebenschancen in allen Teilen der Republik, das heißt Chancengleichheit in und durch die Schule, nicht eingelöst wird. Kurz und bündig: Die deutschen Pisa-Ergebnisse beweisen, dass das deutsche Schulsystem diskriminiert und damit antidemokratisch ist. Es verübt an den Jungen und Mädchen von Stufe zu Stufe Auslese, Ausgrenzung, Zurückweisung, Abschieben, Selektion nach der sozialen Herkunft. Es fördert nicht, es demütigt. Und vor allem die Kinder, deren Eltern aus der Türkei, aus Kasachstan, aus Rumänien oder Bosnien in die Bundesrepublik kamen, bezahlen dafür, dass diese Gesellschaft sich seit Jahrzehnten weigert, sich als ein Einwanderungsland zu sehen und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Niemand hat diese offenkundige Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit mehr überrascht, als die Berliner Pisa-Forscher selbst. Doch ihre Linie ist klar: „Zu den wichtigsten bildungspolitischen Zielen demokratischer Gesellschaften gehört es, allen Heranwachsenden gleich gute Bildungschancen zu geben, sie individuell optimal zu fördern und gleichzeitig soziale, ethnische und kulturelle Disparitäten der Bildungsbeteiligung und Bildungserfolgs auszugleichen“.<sup>2</sup>

Was also haben Orwells Kinder, denen wie jeder Generation gepredigt wurde, dass sie nicht für den Lehrer, sondern für das Leben lernen, als Wissen und Erfahrung im Kopf, in den Händen, im Herzen? Drei Themenfelder aus dem internationalen Vergleich (Pisa 2000) und dem Ländervergleich (Pisa E) mögen beispielhaft sein: es geht um die Lesekompetenz, die

---

2 Pisa 2000, S. 323.

Erfahrung von Demütigung und schließlich die Selektion nach der sozialen und kulturell-ethnischen Herkunft.

### Lesen als Basiswissen

Warum lesen, wo doch Bilder, Piktogramme, Töne, Kurzformeln über SMS den Alltag der Jugendlichen bestimmen? „Lesen ist eine elementare Kulturtechnik“, schreiben die Pisa-Forscher und zitieren die internationale Literatur, in der nachgewiesen wird, dass Lesekompetenz, soziale Stellung im Beruf und in der Gesellschaft zusammen hängen.<sup>3</sup> Die Bedeutung des Lesens sei heute größer als „jemals zuvor in der Kulturgeschichte“. „Dies hängt vor allem mit der immer größeren Bedeutung der Schrift in vielen Berufen und mit dem hohen Bedarf an lebenslangem Lernen zusammen“. Und schließlich führen die Forscher an: „Gleichzeitig gibt es Hinweise darauf, dass die Wissenskluft zwischen Lesern und Nichtlesern größer wird. Geringe Lesefähigkeit und -bereitschaft stellen einen beträchtlichen Chancennachteil dar und werden daher zunehmend als soziales und politisches Problem ernst genommen.“ Offenkundig in fast allen westlichen Demokratien - nur nicht in Deutschland.

Neben der allgemeinen Lesefähigkeit spielt auch das Textverständnis eine zentrale Rolle. Auf fünf „Kompetenzstufen“ haben sich die internationalen Pisa-Forscher verständigt. Sie reichen vom „oberflächlichen Verständnis einfacher Text“ (I) bis zur „flexiblen Nutzung unvertrauter, komplexer Texte“ (V). Von den Pisa-Forschern bis zu Ausbildungsleitern deutscher Unternehmen oder dem Baden-Württembergischen Handwerkskammertag herrscht in einem Punkt Einmütigkeit: Für die 15-Jährigen stellt die Stufe II (Herstellen einfacher Verknüpfungen zwischen verschiedenen Teilen eines Textes) das absolute Minimum dar, aber eigentlich erwarten die Ausbilder in Industrie, Handel, Handwerk und bei den Selbstständigen sowie die schulischen „Abnehmer“ der 15-Jährigen (Fachschulen, Berufsgymnasien, Fachoberschulen) die Kompetenzstufe III. Die Pisa-Forscher definieren diese Stufe so: „Die Schülerinnen und Schüler können mit relativ auffälligen konkurrierenden Informationen umgehen. Sie sind in der Lage, ein genaues Verständnis von Texten mittleren Komplexitätsgrades zu entwickeln und spezifisches Wissen gezielt zu nutzen, um das Gelesene auf dieser Grundlage zu beurteilen“.

Ein genauer Blick auf die internationalen und die innerdeutschen Ergebnisse enthüllt schlicht Blamables: In keinem anderen an Pisa teilnehmenden Staat gibt es eine so große Leistungsstreuung wie innerhalb Deutschlands, das heißt: Das deutsche Schulsystem, die deutschen Pädagoginnen und Pädagogen schaffen es nicht, den Jugendlichen die „Schlüsselkompetenz Lesen“ und das notwendige (und eigentlich erwartbare) Rüstzeug für die vielzitierte Wissensgesellschaft mitzugeben. Die Prozentzahl der Jugendlichen, die in ihren Lesefähigkeiten unter der Stufe III liegen, spreizt sich von 33,8 Prozent in Bayern, 46,2 Prozent in Thüringen auf 57,1 Prozent im Stadtstaat Bremen. In allen Bundesländern außer Bayern und Baden-Württemberg ist die Gruppe derjenigen, die noch unter der Kompetenzstufe I liegen, größer als die Gruppe derjenigen Schülerinnen und Schüler, die Fähigkeiten auf der Stufe V vorweisen konnten. Am extremsten ist das Missverhältnis in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Bremen: Auf je einen Schüler der Gruppe der vergleichsweise Besten kommen drei bis vier aus der Gruppe der Schlechtesten. Zu den „Besten“ gilt eine Anmerkung aus dem internationalen Vergleich: Oberhalb des OECD-Durchschnitts liegen

---

3 Pisa E, S. 56.

nur die Länder Bayern und Baden-Württemberg, aber beide liegen noch weit hinter Finnland, Kanada, Australien, England, Japan oder Schweden. In Test-Punkten ausgedrückt: Während die Besten in Finnland und Kanada 681 Punkte erreichten, erreichen sie in Bayern 661. In Brandenburg erreicht die schmale Gruppe der „Besten“ 614 Punkte. Das wird im internationalen Vergleich in dieser Gruppe nur noch von Luxemburg (592) und Mexiko (565) unterboten.

Einer Frage, die sich auch als Erklärung anbietet, gehen die Forscher nach: Wer liest unter den Jugendlichen freiwillig und mit Vergnügen? Sie stießen auf Unterschiede bei den Geschlechtern, die weitreichende Folgen haben. Bei den Jungen kreuzten 54,5 Prozent die Aussage an: „Ich lese nicht zum Vergnügen“. Bei den Mädchen waren es 29,1 Prozent. Mit durchschnittlich 42 Prozent „Lesemuffeln“ liegen die Deutschen zehn Prozent über dem OECD-Durchschnitt. In ihrem Ländervergleich schlüsseln die Pisa-Forscher Leselust und Leseunlust leider nicht nach Geschlechtern auf, dennoch geben die Werte zu denken: In den neuen Bundesländern - Ausnahme Sachsen - steigt die Zahl der Lesemuffel auf bis 47 Prozent (Sachsen-Anhalt).<sup>4</sup> Dass ein enger Zusammenhang zwischen Leseinteresse und Schulleistung besteht, belegen die Pisa-Forscher bereits in ihrem ersten blauen Buch „Pisa 2000“, in dem sie auf die Geschlechterdifferenz im deutschen Schulwesen eingehen. „Etwa 56 Prozent der 15-jährigen Gymnasiasten sind Mädchen“. Die Mädchen sind in den leistungsstärkeren Schulformen überrepräsentiert, die Jungen in den leistungsschwächeren: „Etwa 55 Prozent der Hauptschüler und 69 Prozent der Sonderschüler sind Jungen,“ heißt es in der Studie. Neben der Leseunlust bieten die Forscher eine weitere, allerdings damit zusammen hängende Erklärung an: „Möglicherweise trägt der hohe Anteil von Jungen mit ausgeprägten Schwächen im verbalen Bereich, der beispielsweise auch in der Forschung zur Lese-Rechtschreib-Schwäche bekannt ist, mit dazu bei, dass Jungen in leistungsschwächeren Schulformen überrepräsentiert sind“. Wann und wodurch das Lesevergnügen bei Jungen und Mädchen wächst oder schwindet, weiß bislang kein Forscher zu beantworten. Am Ende der Grundschulzeit, so belegen internationale Befunde, auf die auch die Pisa-Forscher hinweisen, ist noch keine Differenz unter den Geschlechtern fest zu stellen. So bleibt nur die Frage: Warum merken die Lehrer das nicht im Unterricht?

### Demütigung als System

Ein Warum steht auch über dem zweiten Themenkomplex, der die deutschen Pisa-Forscher umtreibt, allerdings bisher ohne große öffentliche oder gar politische Resonanz. Es geht um den nun eindeutigen bildungspolitischen und pädagogischen Sonderweg der Deutschen, der bereits bei der Einschulung beginnt: Kinder werden nach falsch und richtig, nach passend und unpassend, nach reif und unreif sortiert. In keinem Land der OECD gibt es so viele verschiedene Sonderschulen wie in Deutschland, die meisten der heute so bewunderten Systeme kennen diesen Schultyp nicht. In keinem Land werden so viele Kinder vom Schulbeginn zurückgestellt. Sitzen bleiben, Wiederholen, Abstufen, Abschieben vom Gymnasium - nirgendwo wird das System so perfekt praktiziert wie in Deutschland. Relativ fassungslos registrieren die Pisa-Forscher das Phänomen, mit dem sie nicht gerechnet haben. Vornehm zurückhaltend umschreiben sie die Befunde im Ländervergleich: „Schließlich scheint es auch so etwas wie pädagogische Regionaltraditionen zu geben, die sich aus verfestigter unre-

---

4 Pisa E, S. 79.

flektierter Praxis entwickeln, aber dennoch implizite Vorstellungen sowohl über die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen als auch über Lehren und Lernen widerspiegeln“.<sup>5</sup> In dem Kapitel über „Institutionelle und soziale Bedingungen schulischen Lernens“ werden die Autorinnen und Autoren Gundel Schümer, Klaus-Jürgen Tillmann und Manfred Weiß deutlicher und sprechen von einem „institutionell definierten Schulversagen“ und „strukturbedingten Demütigungen“.<sup>6</sup> Dieser unverhüllte Vorwurf wird massiv untermauert: 12 Prozent der Kinder werden bei der Einschulung zunächst zurückgestellt, 24 Prozent bleiben mindestens einmal sitzen. Die pädagogische Wirksamkeit beider Maßnahmen wird von Forschern seit langem bestritten, ohne dass sich allerdings an der Praxis etwas geändert hätte. Ein Blick auf diese Praxis zeigt, dass in den neuen Ländern, in Schleswig-Holstein, Bremen und in den Großstädten besonders gern und schnell zurückgestellt wird. Das Sitzenbleiben (Klasse wiederholen) ist eine besonders beliebte Maßnahme in Schleswig-Holstein (35,7 Prozent der Schüler traf es), in Bremen, den Großstädten, aber auch in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Insgesamt erlebten im deutschen Durchschnitt jede dritte Schülerin und jeder dritte Schüler eine solche „strukturbedingte Demütigung“. Besonders hart trifft diese pädagogische Praxis die Kinder mit Migrationshintergrund. Während in Bayern nur rund 5 Prozent der Kinder mit Deutsch als Muttersprache zurückgestellt wurden, sind es bei den Kindern mit einer anderen Muttersprache über 20 Prozent. Auch in den neuen Bundesländern mit einem extrem niedrigen Ausländeranteil von zwei Prozent werden die Migrantenkinder auffallend oft zurückgestellt: auf ein deutsches Kind kommen in der Regel drei Kinder mit Migrationshintergrund. Beim Sitzenbleiben sind die Verhältnisse ähnlich: Sie liegen bei eins zu zwei, nur in Baden-Württemberg liegt die Quote zwischen deutschen und Migrantenkinder höher (14,8 Prozent zu 38,1 Prozent).

Zu den „strukturbedingten Demütigungen“ zählt auch das Abschieben von Schülerinnen und Schülern aus dem Gymnasium in die Real-, Gesamt- oder Hauptschule. „Rückläufer“ heißen diese Jugendlichen in der Sprache der Schulverwalter. Im Schnitt sind rund 15 Prozent der Jugendlichen betroffen, doch auch hier sind die Unterschiede in den Ländern groß. In Bayern steigt jeder fünfte Gymnasiast ab. Knapp hinter diesem hohen Wert liegen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Doch damit nicht genug: Auch die Realschule siebt nach Kräften die „falschen“ Schülerinnen und Schüler aus und schiebt sie weiter. 23,7 Prozent sind es in Schleswig-Holstein, 18,5 Prozent in Brandenburg, 20 Prozent in Bremen. Selbst die integrierten Gesamtschulen, die von ihrem Anspruch her eigentlich keine „falschen“ Kinder haben, üben sich in der Praxis: In Hessen steigen 3,9 Prozent der Schüler aus einer integrierten Gesamtschule in die Hauptschule ab. Zum schulischen Abstieg gehört auch die Einweisung in die Sonderschule: heute eine Schule der Jungen aus den unteren sozialen Schichten, im Westen mit Migrationshintergrund, im Osten mit Arbeitslosigkeit der Eltern. Über 5 Prozent der 15-Jährigen sind in den neuen Bundesländern in Sonderschulen untergebracht, im Westen sind es zwischen 3 und 4 Prozent.

---

5 Pisa E, S. 50.

6 Pisa E, S. 209/210.

## Soziale Selektion als System

Zu den „strukturbedingten Demütigungen“ kommt als letztes Themenfeld die „institutionelle Diskriminierung“<sup>7</sup> durch das gegliederte Schulsystem und die Selektion nach sozialer und kulturell-ethnischer Herkunft. Ein dicker Brocken auch dies für die Pisa-Forscher. Die Schule, die der Soziologe Helmut Schelsky Anfang der 1960er-Jahre in der Gefahr sah, zu einer „bürokratischen Zuteilungsapparatur von Lebens-Chancen“ zu werden, übt diese Funktion im Jahr 2000 stabil und ungebrochen aus. „Beruflicher Status lässt sich heute wesentlich besser durch Bildungsabschlüsse vorhersagen als noch in der Vorkriegszeit oder im ersten Nachkriegsjahrzehnt“, schreibt Jürgen Baumert in Pisa 2000. Und er kommt nicht umhin festzustellen, dass in der Institution Schule selbst die „Ursache der Disparitäten“ zu suchen ist. Wie aber sehen sie aus?

Die „obere Dienstklasse“ der Ärzte, Gymnasiallehrer, Professoren, höheren Manager und selbstständigen Unternehmer (sie macht 19 Prozent der Bevölkerung aus) stellt mit über 50 Prozent die Schülerschaft der Gymnasien. In integrierten Gesamtschulen und Sonderschulen ist die „obere Dienstklasse“ nur mit weniger als fünf Prozent vertreten. Umgekehrt sind die Verhältnisse am unteren Ende der Skala. Auch zur untersten Schicht der un- und angelernten Arbeiter zählen gut 19 Prozent der Bevölkerung. Die Kinder aus dieser Schicht finden sich zu über 40 Prozent in der Hauptschule, zu knapp 30 Prozent in der Sonderschule und zu 10 Prozent im Gymnasium. Auch die Chancen der Kinder von Facharbeitern, die mit 24 Prozent die größte Gruppe in der sechsstufigen Schichtenskala stellen, haben sich trotz der Bildungsexpansion in den letzten Jahrzehnten kaum verändert. Sie stellen nur 15 Prozent der Gymnasialschüler. „Im Vergleich zu Kindern aus Facharbeiterfamilien ist die Chance des Gymnasialbesuchs für Kinder der oberen Dienstklasse mehr als vier und für die der unteren Dienstklasse mehr als dreimal so hoch“, stellen die Forscher in Pisa 2000 fest.

Die Jugendlichen aus Migrationsfamilien (mit rund 38 Prozent kommt die größte Gruppe aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion) sind zu 50 Prozent in der Hauptschule. Nur zehn Prozent schaffen den Sprung ins Gymnasium, beziehungsweise sind als 15-Jährige noch dort. Die scharfe Selektion von oben nach unten, nach sozialer und kultureller Herkunft leistet sich kein vergleichbares Land in der OECD. Das deutsche Bild erhält durch den Ländervergleich noch schärfere Züge eines Klassensystems, das alle Werte des Grundgesetzes missachtet.

In der Sprache der Berliner Wissenschaftler liest sich das so: „Am ausgeprägtesten ist das Gefälle der Bildungsbeteiligung in den Ländern Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Hier erreicht die Begünstigung von Jugendlichen aus Oberschichtfamilien im Vergleich zu Kindern aus Facharbeiterhaushalten ein bemerkenswertes Ausmaß. Die relativen Chancen, ein Gymnasium zu besuchen, sind für Angehörige dieser Gruppe acht- bis zehnmal so groß wie für Jugendliche aus Facharbeiterfamilien.“ Noch grotesker ist die Lage in den Großstädten. Die Gymnasien dort sind „Hochburgen“ der Oberschicht: Die Chancen eines Jugendlichen aus dieser Schicht liegen 14-mal höher als die Chancen eines Jugendlichen aus einem Facharbeiterhaushalt.

Etwas ausgeglichener scheinen die Verhältnisse in den neuen Bundesländern zu sein: In Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sind die Chancen der Oberschichtkinder „nur“ drei bis viermal so hoch wie die der Facharbeiterkinder. Die Erklärungen liegen allerdings auf der Hand: Es gibt in diesen Bundesländern offiziell keine Hauptschule

---

7 Mechtild Gomolla/Frank-Olaf Radtke, Institutionelle Diskriminierung, Opladen 2002.



mehr und ein Abschluss nach der zehnten Klasse gehörte schon in der DDR zum Bildungsstandard. Traditionelle Vorbehalte gegenüber dem Gymnasium gibt es seit der Wende selten, aber insgesamt ist die Klassenstruktur im Osten schwächer: Die oberste Schicht ist noch kaum vorhanden (oder in den Westen abgewandert), die unterste Schicht der Familien mit Migrationshintergrund fehlt weitgehend. Zudem schicken die Eltern im „Speckgürtel“ von Berlin ihre Kinder auf Gymnasien im ehemaligen Westteil der Stadt.

### **Die Reaktionen: Verdrängen oder Bearbeiten**

Ein Jahr nach der Vorlage von Pisa 2000, wenige Monate nach der Veröffentlichung des Ländervergleichs ist von einem „Schock“ in der Gesellschaft kaum noch etwas zu spüren. Die Konferenz der Kultusministerinnen und -minister (KMK), die beide Testserien in Auftrag gegeben hatte, signalisiert Entspannung: Sie habe alles im Griff, arbeite an bundesweiten Standards und Tests. Die übrigen Lösungen, die da und dort diskutiert werden, haben einen kleinsten gemeinsamen Nenner: Sie sollen keine politische Mühe machen. Trotz der Ergebnisse will keine Politikerin, kein Politiker an die Strukturfrage rühren und die krasse soziale Selektion in der und durch die Schule abschaffen. Sie reisen nach Kanada, Norwegen, Schweden und Finnland, bestaunen die gelungene Integration und die kinderfreundlichen Pädagogen, kommen zurück und machen so weiter wie bisher. Durch Pisa 2000 und Pisa E hat sich kein Landespolitiker wirksam irritieren lassen. Die Wiederkehr der Themen wie Früheinschulung oder Ganztagschule hat nicht die Aufhebung der scharfen sozialen Selektion zum Ziel, sondern im Gegenteil: Diese Themen lenken vom eigentlichen Skandal der Pisa-Ergebnisse ab. Bei der Ganztagschule steht die Berufstätigkeit der Mütter, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden, im Vordergrund; die vorgezogene Bildungspflicht soll den Kindergarten unter Druck setzen und von einer grundlegenden Debatte über die Sortierung der Kinder im zehnten Lebensjahr ablenken. Die unverantwortliche Politik gegenüber den Kindern aus Migrantenfamilien mit oder ohne deutschen Pass setzt sich fort. Trotz verbaler Beteuerungen kürzen die Kommunen an den Integrations- und Sprachprogrammen, fehlt das Geld für fachkundige Betreuung der Schulen in sozialen Brennpunkten, wird nach wie vor das Gymnasium, in das nicht einmal ein Drittel eines Jahrgangs geht, im allgemeinen und die Oberstufe im besonderen finanziell bevorzugt.

An der Einstellung der deutschen Gesellschaft gegenüber Orwells Kindern hat sich trotz oder wegen Pisa 2000 und Pisa E noch nichts geändert: Die Schule verbaut vielen, zu vielen von ihnen Lebenschancen, weil sie ihnen nicht einmal eine Ausbildungsreife mitgegeben hat. Unterhalb eines guten Realschulabschlusses haben Jugendliche auf dem umkämpften Lehrstellenmarkt kaum noch Aussichten auf einen zukunftssträchtigen Ausbildungsberuf. Die obersten Bildungsziele der Norweger, Schweden und Finnen hat noch kein führender Politiker auch für die Bundesrepublik eingefordert: Menschlichkeit, Demokratie, Gleichheit.

Dennoch: Es gibt Lichtblicke - unverhoffte.

Die Lehrgewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bewegt sich Schritt für Schritt vom „Verdrängen zum Bearbeiten“ und wagt sich an die „strukturellen Demütigungen“, die Pädagoginnen und Pädagogen an Kindern und Jugendlichen verüben: Was passiert, wenn die Kinder so genommen werden, wie sie in die Schule kommen? Wenn kein Kind „falsch“ in diesem oder jenem Schultyp ist? Was passiert, wenn die Selektion unterlaufen wird? Wer zieht mit, um aus der organisierten Verantwortungslosigkeit heraus zu kommen, in der jeder auf den anderen deutet?

Ja, wer zieht mit?

Die unverhoffteste Reaktion auf Pisa erfolgte bisher von einer Seite, die sich in den vergangenen dreißig Jahren als bewegungs- und reformunfähig erwiesen hatte: Der Baden-Württembergische Handwerkskammertag legte im Juli 2002 ein Positionspapier vor, das mit allen Tabus bricht und das deutsche Schulsystem grundsätzlich in Frage stellt. „Es geht nicht um das Kurieren von Symptomen, sondern es ist allerhöchste Zeit für ein grundlegendes Umdenken“, heißt es in der Präambel. Und der Handwerkskammertag denkt um, weil ihm Nachwuchskräfte fehlen und „vor allem Leistungseliten“. Mehr als jeder fünfte fällt durch die Meisterprüfung, 12 Prozent fallen durch die Gesellenprüfung. Viele Lehrlinge brechen die Ausbildung ab, in manchen Sparten bis zu einem Drittel. Eine „leistungsstarke Schule“ schlägt der Handwerkskammertag vor, die mit einem Vorschuljahr beginnt (im kostenfreien Kindergarten) und sich mit einer neunjährigen, ungegliederten Schule für alle Kinder fortsetzt. In der Oberstufe stehen die beruflichen Ausbildungsgänge gleichberechtigt neben dem Gymnasium. Alle Bildungs- und Ausbildungsgänge vermitteln den Zugang zur Berufswelt wie zur Hochschule. Die Pisa-Ergebnisse stellten die deutsche Dreigliedrigkeit des Schulsystems in Frage, heißt es in dem Positionspapier kurz und bündig zur Begründung. „Kinder brauchen Lernanreize. Es ist mehr als fraglich, ob Selektion hierzu einen positiven Beitrag leistet.“ Basta, möchte man sagen. So einfach geht es auch.

Nur: Dieser völlig richtigen Position Gehör zu verschaffen, ist angesichts der Konfliktvermeidung in der politischen Klasse und des tatsächlichen bildungspolitischen Desinteresses in den politischen Parteien, aber auch bei Gewerkschaften und Kirchen, außerordentlich schwer. Gebraucht werden neue Allianzen und Kräfte, die kein Kind und keinen Jugendlichen fallen lassen. Orwells Kinder haben es verdient, eine zweite Chance zu bekommen.